Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2019-02-25

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen
/Beiräte
Bearbeiter/in: Mitglied der
Stadtvertretung (ASK)
Karsten Jagau
Telefon:

**Antrag
Drucksache Nr.**

01743/2019

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Bezahlbaren Wohnraum über Jahrzehnte sichern! Kommunale Mietpreisbremse für die Landeshauptstadt Schwerin

Beschlussvorschlag

1.
Der Aufsichtsratsvorsitzende der WGS wird gebeten, eine „kommunale Mietpreisbremse“ auf die Tagesordnung der nächsten Aufsichtsratssitzung zu nehmen und folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

a)
Die Mieterhöhungen werden generell begrenzt auf maximal 10 % innerhalb von 10 Jahren.

b) Die Geschäftsführung der WGS wird gebeten, die Auswirkungen regelmäßig zu evaluieren und dem Aufsichtsrat, der Stadtvertretung, sowie dem Oberbürgermeister gegebenenfalls Vorschläge zur Anpassung vorzulegen, z.B. bei erheblich steigenden Baukostenpreisen oder Lebenshaltungskosten.

2.
Die Stadtvertretung und der Oberbürgermeister werden über die Ergebnisse aus dem Aufsichtsrat in angemessener Frist informiert.

Begründung

München und Erlangen sind zwei Beispiele, die im vergangenen Jahr, ergänzend zu der bundesweit geltenden Mietpreisbremse eine kommunale Mietpreisbremse eingeführt haben.

Beide Städte begründen ihren Vorstoß mit einer in Teilen unwirksamen Mietpreisbremse die inzwischen bundesweit gilt.

Die Satzung der WGS schreibt vor, dass die Sicherung von sozial verträglichem Wohnraum eine Priorität darstellt. Dieser Priorität soll dieser Antrag nachkommen und langfristig günstigen, bezahlbaren Wohnraum vorhalten.

Laut dem Sozialbericht sind in den vergangenen 10 Jahren gerade bei kleinen Wohnungen die Mietpreise an die 14 % gestiegen, bei Neuvermietungen stiegen die Mietpreise in Schwerin um 13 %. Diesem Trend kann eine kommunale Mietpreisbremse bei der WGS entgegenwirken.

Entwicklung der durchschnittlichen Nettokaltmiete pro m² in Schwerin nach ausgewählten Merkmalen, 2008/2009 zu 2016/2017

bis 45 m ²	4,90 €	5,59 €	+ 14 %
bis 60 m ²	4,87 €	5,32 €	+ 9 %
bis 75 m ²	5,11 €	5,32 €	+ 4 %
bis 90 m ²	5,38 €	6,02 €	+ 12 %
über 90 m ²	5,34 €	5,93 €	+ 11 %
bei Neuvermietungen	5,01 €	5,65 €	+ 13 %

Beispiel München:

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/gwg-und-gewofag-muenchen-bekommt-eine-eigene-mietpreisbremse-1.4070149>

Beispiel Erlangen:

<https://www.marktspiegel.de/erlangen/lokales/wohnungsnot-steigt-dramatisch-erlangen-bringt-massnahmen-fuer-mehr-soziale-foerderung-auf-den-weg-d39280.html>

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Karsten Jagau
Mitglied der Stadtvertretung (ASK)